

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

III. Quartal 2015

Wirtschaftschronik. III. Quartal 2015

Die griechische Bevölkerung lehnt den von den Geberinstitutionen geforderten Reformkurs und die Sparmaßnahmen als Voraussetzung für eine Verlängerung des zweiten Hilfspaketes ab. Der "Grexit" – ein Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion scheint wahrscheinlich. Nun beantragt die Regierung beim ESM neuerlich Finanzhilfe und akzeptiert die Forderungen nach Reformen und Sparmaßnahmen. Die EU stimmt dem Hilfsprogramm für Griechenland im Umfang von 86 Mrd. € zu. Um die Flüchtlingsströme an Europas Außengrenzen zu erleichtern und zu kontrollieren werden 1 Mrd. € bereitgestellt. Bis zu 15.000 Flüchtlinge erreichen täglich über die "Balkanroute" Österreich. Sie wollen überwiegend nach Deutschland weiterreisen und dort um Asyl ansuchen. Zwischen der Republik Österreich und der Bayerischen Landesbank kommt im Verfahren um Kredite an die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG ein Vergleich zustande. Der Verfassungsgerichtshof erklärt das Hypo-Sanierungsgesetz für verfassungswidrig.

Calendar of Economic Events. Third Quarter 2015

Greeks reject the reforms and austerity measures requested by the donor institutions as a prerequisite for prolonging the second bail-out package. Grexit, i.e., Greece exiting from the currency union, is clearly on the cards. The country's government applies for a new batch of financial aid from the ESM, accepting the demand for reforms and austerity measures. The EU approves € 86 billion in aid for Greece. It dedicates € 1 billion to abating and controlling the migrant waves at Europe's external borders. Up to 15,000 refugees per day arrive in Austria via the "Balkans route". Most of them intend to continue on to Germany to seek asylum there. A settlement is reached between the Republic of Austria and BayernLB in the suit dealing with loans to Hypo Alpe-Adria-Bank International AG. The Constitutional Court finds the Act governing Hypo reorganisation to be unconstitutional.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Angelina.Keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 30. September 2015.

Begutachtung: Christian Glocker

Ausland

1. Juli: Luxemburg übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

Europäischer Rat: Vorsitz

3. Juli: Nach der Explosion der Ölplattform "Deepwater Horizon" und der davon ausgelösten Umweltkatastrophe im Jahr 2010 verpflichtet sich BP zu einer weiteren Zahlung von 18,7 Mrd. \$ in den nächsten 18 Jahren an die Zentralregierung der USA und die Bundesstaaten Alabama, Florida, Louisiana, Mississippi und Texas. Für BP betragen die Gesamtkosten des Unglückes damit bisher 54 Mrd. \$. Weitere private Forderungen sind nicht ausgeschlossen.

USA: Deepwater Horizon

5. Juli: In einem Referendum stimmen 61% der griechischen Wahlberechtigten gegen die Sparvorhaben und den Reformkurs, die die Geberinstitutionen als Bedingung für die Verlängerung des abgelaufenen Hilfsprogrammes fordern.

Griechenland: Referendum

6. Juli: Der griechische Finanzminister Varoufakis tritt zurück, obwohl die Bevölkerung die Zustimmung zu den Reformvorhaben verweigert. Sein Nachfolger ist Euklides Tsakalotos.

Griechenland: Regierung

Der Rat der Europäischen Zentralbank erhöht die Abschläge auf ausgewählte griechische Wertpapiere, die zur Sicherstellung dienen. Der Rahmen der Notkredite wird bei 90 Mrd. € belassen.

Griechenland: EU-Hilfe

Griechenland: EU-Hilfe

7. Juli: Anlässlich eines Sondergipfels zur Griechenland-Problematik erklären die Finanzminister, alles Erforderliche zu tun, um die finanzielle Stabilität des Euro-Raumes insgesamt zu gewährleisten. Kommissionspräsident Juncker bestätigt, ein detailliertes "Grexit"-Szenario ausgearbeitet zu haben. Bis 10. Juli 2015 muss die griechische Regierung Reformvorschläge vorlegen, damit die EZB Griechenland weitere Nothilfekredite gewähren kann.

BRICS-Länder: New Development Bank

7.-9. Juli: In Ufa (Russland) findet ein Treffen der BRICS-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) statt. Die neu gegründete New Development Bank (NDB) wird mit einem Grundkapital von 50 Mrd. \$ ausgestattet, um Infrastrukturprojekte in den BRICS-Ländern zu finanzieren. Ein Pool von 100 Mrd. \$ aus Währungsreserven wird den Mitgliedsländern bei Zahlungsbilanzkrisen aushelfen.

Griechenland: EU-Hilfe

8. Juli: Die griechische Regierung stellt einen neuen Antrag auf Hilfe des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

EU: TTIP

Die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), die derzeit zwischen der EU und den USA verhandelt wird, sieht eine Schiedsgerichtsbarkeit bei Streitigkeiten vor. In einer Resolution spricht sich das Europäische Parlament dagegen aus. Die Resolution ist nicht verbindlich.

Griechenland: Reformmaßnahmen

9. Juli: Die griechische Regierung legt eine Liste mit Reformmaßnahmen vor, die in wesentlichen Teilen den Reformvorschlägen der Geberinstitutionen entspricht, gegen die die Bevölkerung fünf Tage zuvor votiert hat.

Griechenland: Reformmaßnahmen

10. Juli: Das griechische Parlament stimmt mit großer Mehrheit für das Reformpaket der Regierung.

Griechenland: EU-Hilfe

11. Juli: In Brüssel treffen die Finanzminister der Euro-Länder zusammen, um über die weitere Vorgangsweise hinsichtlich der Griechenland-Hilfe zu entscheiden. Die Troika empfiehlt ein Entgegenkommen bezüglich der Schuldenlast. In den nächsten drei Jahren wird Griechenland weitere 86 Mrd. € an Hilfgeldern benötigen. Der Vorsitzende der Euro-Gruppe, Dijsselbloem, bezeichnet mangelndes Vertrauen als eines der größten Hindernisse für ein weiteres Hilfspaket. Der Präsident des Europäischen Rates Tusk appelliert an alle Beteiligten, sich um einen Konsens zu bemühen. Bis zum Gipfeltreffen am 12. Juli 2015 sollen die Verhandlungspartner zu einer Einigung gelangen. Ein Staatsbankrott Griechenlands und die Insolvenz des griechischen Bankensystems wären der schmerzhafteste Weg für die griechische Bevölkerung. Ganz Europa wäre davon geopolitisch betroffen.

Griechenland: EU-Hilfe

12.-13. Juli: Das Treffen der Staats- und Regierungsoberhäupter der 28 EU-Länder wird abgesagt. Die Präsidenten und Premierminister der 19 Euro-Länder stimmen zu, Verhandlungen über die ESM-Hilfe für Griechenland zu beginnen. Der Finanzierungsbedarf liegt zwischen 82 und 86 Mrd. €. Begleitet von einem EU-finanzierten Wachstums- und Beschäftigungsprogramm im Ausmaß von 35 Mrd. € muss Griechenland strikte Bedingungen erfüllen. Zu den Mindestanforderungen gehört die Umsetzung von Gesetzen zur Straffung des Umsatzsteuersystems, zur Pensionsreform, zur Sicherung der Unabhängigkeit der griechischen Statistikbehörde (Elstat), zur vollständigen Umsetzung des Vertrages der Währungsunion über Stabilität, Koordination und Steuerung im Parlament. Bis 20. Juli müssen Vorschläge für eine Reform der Verwaltung vorgelegt werden und bis 22. Juli die Reformen zur Beschleunigung und Kostensenkung bei Gerichtsverfahren sowie die Umsetzung der Bankenabwicklungsrichtlinie. Erlöse aus Privatisierungen (rund 50 Mrd. €) werden in einen Fonds übergeführt. Aus diesem werden 25 Mrd. € zur Rekapitalisierung der Banken verwendet. Darüber hinausgehende Beträge werden zu je 50% zur Rückzahlung der ESM-Kredite und für direkte Investitionen in Griechenland verwendet. Ein Schuldenschnitt wird ausgeschlossen, allerdings wird die Verlängerung der Rückzahlungsdauer in Aussicht gestellt. Griechenlands kurzfristiger Finanzbedarf beträgt im Juli 7 Mrd. € und im August 12 Mrd. €.

Griechenland: IWF-Hilfe

13. Juli: Griechenland zahlt dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eine weitere fällige Rate von 456 Mio. € (360 Mio. SZR) nicht zurück. Damit erreichen die Zahlungsrückstände aus 2015 2 Mrd. € (1,6 Mrd. SZR). Bis Jahresende werden neuerlich

3,5 Mrd. € (2,8 Mrd. SZR) fällig. Insgesamt betragen die Zahlungsrückstände beim IWF über 20 Mrd. € (16,9 Mrd. SZR).

Jeroen Dijsselbloem wird für weitere 2½ Jahre zum Vorsitzenden der Euro-Gruppe gewählt.

14. Juli: Nach Ansicht der Experten des IWF ist ein Schuldenerlass für Griechenland unvermeidbar: Der Staat benötige 86 Mrd. €, der Schuldenstand werde bis 2018 200% des BIP erreichen¹⁾. Ende 2012 lag die Zielvorgabe für die Schuldenquote bei 124% des BIP 2020 und 110% 2022.

Griechenland zahlt eine japanische Anleihe von 86 Mio. € zurück. Eine Nichtbegleichung dieser privaten Schuldverpflichtung hätte einen Default (Einstufung als zahlungsunfähig) mit allen Konsequenzen für die Kreditwürdigkeit und andere ausstehende Schuldverträge zur Folge gehabt.

15.-16. Juli: Das griechische Parlament stimmt für das mit den Geberinstitutionen ausgehandelte Spar- und Reformpaket. Gleichzeitig finden ein 24-stündiger Streik der Staatsbediensteten und Protestkundgebungen statt.

17. Juli: Die Vertreter der Euro-Länder erklären sich bereit, mit Griechenland über ein drittes Hilfspaket im Ausmaß von 86 Mrd. € zu verhandeln. Die 28 EU-Mitgliedsländer stimmen der bis zum Abschluss der Verhandlungen notwendigen Brückenfinanzierung von 7,2 Mrd. € aus dem EFSM zu. Damit ist eine in drei Tagen fällige Rückzahlung von 4,2 Mrd. € an die EZB, den IWF und die griechische Zentralbank sichergestellt. Bereits am 20. August 2015 ist eine weitere Rückzahlung von 3 Mrd. € an die EZB fällig.

20. Juli: In Griechenland sind die Bankfilialen nach dreiwöchiger Schließung wieder geöffnet. Wöchentlich können 420 € vom Konto abgehoben werden. Die Einschränkungen des Kapitalverkehrs bleiben aufrecht.

23. Juli: Das griechische Parlament stimmt weiteren Reformen zu (Maßnahmen zur Beschleunigung von Gerichtsverfahren und ein neues Bankengesetz, das Spareinlagen bis zu 100.000 € sichert, jedoch Kontoinhaber und Aktionäre an der Sanierung von Banken beteiligt).

27. Juli: Im Rahmen eines Sondergipfels der EU-Innenminister zur Flüchtlingskrise fordern Deutschland, Frankreich und Großbritannien eine gemeinsame Asylpolitik der EU-Länder. Anlässlich des Ratstreffens am 8. Oktober 2015 sollen Entscheidungen getroffen werden.

11. August: Die Geberinstitutionen und der griechische Finanzminister beschließen ein Memorandum, das den Rahmen des dritten Hilfspaketes im Umfang von 86 Mrd. € für die kommenden drei Jahre festlegt. Darin werden ein Primärdefizit von 0,25% des BIP 2015²⁾ und ein Primärüberschuss von 0,5% 2016, 1,75% 2017 und 3,5% des BIP 2018 festgelegt.

Die chinesische Zentralbank wertet den Renminbi (Yuan) gegenüber dem Dollar um mehr als 1,8% ab.

14. August: Das griechische Parlament stimmt für das dritte Hilfspaket der Geberinstitutionen und die damit verbundenen Spar- und Reformauflagen. Die Finanzminister der Euro-Länder billigen diese Vereinbarung, obwohl die Vertreter Finnlands und der Slowakei zuvor Widerstand leisteten. Ungeklärt ist, ob der IWF mit einem Anteil von 16 Mrd. € zur Finanzierung beitragen wird. Nach der Bewertung der Reformfortschritte im Oktober wird über einen Schuldennachlass entschieden.

19. August: Die Europäische Kommission unterzeichnet das dreijährige ESM-Stabilitätsprogramm für Griechenland, mit dem Darlehen von bis zu 86 Mrd. € bereitgestellt werden. Die erste Tranche des dritten Hilfspaketes für Griechenland von 26 Mrd. € wird freigegeben.

EU: Jeroen Dijsselbloem

Griechenland: IWF

Griechenland: Japan

Griechenland: Maßnahmenpaket

Griechenland: EU-Hilfe

Griechenland: Banken

Griechenland: Reformen

EU: Flüchtlingskrise

Griechenland: Hilfspaket

China: Abwertung

Griechenland: Hilfspaket

Griechenland: Stabilitätsprogramm

¹⁾ <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr15186.pdf>.

²⁾ Die Gläubiger erwarten für 2015 einen Rückgang des BIP um 2,1% bis 2,3%.

Griechenland: Rating	Die Ratingagentur Fitch setzt das Rating für griechische Staatsanleihen von CC auf CCC hinauf.
Griechenland: EZB	20. August: Griechenland zahlt fristgerecht eine Kreditrate von 3,2 Mrd. € an die EZB zurück.
Griechenland: Regierung	Der griechische Premierminister Tsipras tritt zurück und kündigt für den 20. September 2015 Neuwahlen an.
China: Aktienkurse	24.-25. August: An der Börse von Shanghai verfällt der Kurs von 2.200 Papieren bis zum täglich erlaubten Limit von 10%. Die Tendenz dieses "schwarzen Montags" hält in den folgenden Tagen an. Die chinesische Zentralbank senkt die Leitzinssätze und den Mindestreservesatz.
Ukraine: Schuldenerlass	27. August: Die Gläubiger der Ukraine stimmen einer Kürzung ihrer Forderungen um 20% zu. Dies kommt einem Schuldenerlass von 3,2 Mrd. € gleich.
EU: Agrarpreise	7. September: Die Agrarpreise sind in der EU wegen des Wegfalls der Milchquote, des russischen Einfuhrverbotes und des Rückganges der Exporte nach China verfallen. Im Sommer fanden in vielen EU-Ländern Protestaktionen der Bauern statt. Vor diesem Hintergrund stellen die Agrarminister der EU-Länder ein Maßnahmenpaket für die Landwirtschaft von 500 Mio. € in Aussicht.
EU: Juncker	9. September: Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker hält vor dem Europäischen Parlament eine Rede zur Lage der Union. Er streicht die Dringlichkeit und Herausforderung der Flüchtlingskrise hervor. Im Mittelpunkt eines Prozesses der Konvergenz zwischen den Mitgliedsländern und der Gesellschaft sollen die Steigerung der Produktivität, die Schaffung von Arbeitsplätzen und soziale Gerechtigkeit stehen. "Es fehlt Europa in der Union, es fehlt an Union in dieser Union".
Deutschland: Streik	Der Streik der Piloten der deutschen Fluglinie Lufthansa wird vom hessischen Arbeitsgericht für rechtswidrig erklärt, da er sich gegen ein strategisches Konzept des Konzerns richtet. Die Konzernleitung will eine eigene Billig-Airline aufbauen. In den letzten 1½ Jahren streikte die Belegschaft der Lufthansa 13 Mal.
Brasilien: Rating	11. September: Standard & Poor's stuft die Bonität brasilianischer Anleihen von BBB- auf BB+ herab.
Deutschland: Flüchtlingskrise	13. September: Aufgrund des anhaltenden Flüchtlingsstromes über Österreich nach Deutschland führt Deutschland Grenzkontrollen ein. Der Zugverkehr zwischen Salzburg und München wird von 22. September bis Mitte Oktober 2015 eingestellt. An manchen Tagen überschreiten über 10.000 vorwiegend syrische Flüchtlinge die Grenze zwischen Österreich und Deutschland.
Japan: Rating	17. September: Standard & Poor's stuft die Bonität japanischer Staatsanleihen aufgrund der Zunahme der Staatsverschuldung von AA- auf A+ herab.
Griechenland: Regierung	23. September: Nach dem Sieg bei den griechischen Parlamentswahlen vom 20. September 2015 bildet Alexis Tsipras eine neue Regierung.
EU: Flüchtlingskrise	Anlässlich eines informellen Treffens zur Flüchtlingskrise sagen die Staats- und Regierungsoberhäupter der EU-Länder Mittel von 1 Mrd. € zu, um Flüchtlingen zu helfen und die EU-Außengrenze besser zu sichern. Die Umsiedlung von 120.000 Flüchtlingen aus Italien, Griechenland und anderen EU-Ländern wird beschlossen. Bis Ende November 2015 sollen zur Steuerung der Flüchtlingsströme an den EU-Außengrenzen Expertenzentren ("Hot Spots") errichtet werden.
Volkswagen AG	25. September: Matthias Müller löst Martin Winterkorn als Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG ab. In den USA werden Manipulationen von Abgastests der VW-Dieselmotoren aufgedeckt: Die Kontrolle der Stickoxidemissionen funktioniert nur unter Testbedingungen korrekt, die Grenzwerte der USA werden in der Praxis um das 10- bis 40-Fache überschritten. Weltweit könnten bis zu 11 Mio. Fahrzeuge betroffen sein.
China: CO ₂ -Emissionen	28. September: Anlässlich eines Treffens zwischen dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und dem Präsidenten der USA Obama erklärt sich China bereit, die CO ₂ -Emissionen bis 2030 um 60% bis 65% zu drosseln. In den nächsten 15 Jahren wird die Aufforstung in China vorangetrieben, ab 2017 wird ein Emissionshandel nach Vorbild der EU eingeführt.

Die UNO-Generalversammlung verabschiedet die Entwicklungsagenda 2030. 17 "Sustainable Development Goals" und 169 Vorgaben sollen eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen.

UNO: Entwicklungsagenda

Österreich

7. Juli: Das Gesetzespaket zur Steuerreform 2015/16 wird im Nationalrat beschlossen.

Steuerreform 2015/16

14. Juli: Die Republik Österreich und die Bayerische Landesbank beabsichtigen das laufende Verfahren um die Rückzahlung von Krediten durch die HETA Asset Resolution AG zu beenden. Österreich zahlt in diesem Vergleich 1,23 Mrd. €, eine Quote von 45% des Streitwertes.

HETA

28. Juli: Der Verfassungsgerichtshof erklärt das Hypo-Sanierungsgesetz (HaaSanG) für verfassungswidrig: Gesetzliche Haftungserklärungen eines Bundeslandes dürfen nicht als isolierte Maßnahme im Nachhinein durch eine gesetzliche Anordnung völlig entwertet werden³⁾. Das Gesetz wird vollständig aufgehoben, eine Reparaturfrist gibt es nicht.

Hypo-Sanierungsgesetz

11. September: Die Bundesregierung präsentiert Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Ein "Topf für Integration" (75 Mio. €) wird Projekte aller Ministerien finanzieren. Besonderes Gewicht wird auf der Förderung der Deutschkenntnisse von Personen in der Grundversorgung und in den Schulen gelegt. Das Lehrangebot für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wird ausgedehnt. Für die Betreuung von Flüchtlingen sollen Zivildienstler eingesetzt werden. 70 Mio. € sind für aktive Arbeitsmarktpolitik budgetiert. Eine rasche Anerkennung von im Ausland erworbener Ausbildung und Qualifikation sowie ein "Kompetenzcheck" sollen die berufliche Integration erleichtern. Asylberechtigte mit Mindestsicherungsbezug und subsidiär Schutzbedürftige können ein "Integrationsjahr" in Anspruch nehmen.

Flüchtlingskrise

Das Finanzministerium wird im Rahmen des Stabilitätspaktes mit den Ländern und Gemeinden Flexibilisierungsmaßnahmen von bis zu 0,1% des BIP verhandeln. Dazu stehen bis zu 345 Mio. € zur Verfügung.

Stabilitätspakt

³⁾ https://www.vfgh.gv.at/cms/vfgh-site/attachments/3/0/3/CH0003/CMS1438067838598/hypo-gesetz_presseinfo.pdf.